

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin E 23, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: E 1
Berolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von 12 Uhr bis 12 Uhr. Erscheint täglich außer Montags
Zel.-Adresse: Kassa Berlin. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank
Berlin. Dep.-Kasse Belle-Alliance-Pl. Vereinigte Zeitungsverlage, G. m. b. H.
Postkassenkonto Berlin 928 279 70

Bezugspreis pro Binde 70 Pf., monatlich 3.— (Post einschließlich) Liefer-
lohn in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. — **Verkaufsstellen:**
Postbezug inkl. Postgebühr 3,50 Pf.; Streifenband im Inland, sowie nach
Oesterreich, Litauen, Ungarn, Böhmen, Mähren und Gegend 4,50 Pf.,
übrige Länder 4,80 Pf.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12 gestaltete Monatsbeilage 50 Pf. Arbeiter-
organisationen- und Familienanzeigen: Seite 35 Pf.
Kleine Anzeigen: Monat 15 Pf., Wochenbeilage 20 Pf., Be-
sonders stark 25 Pf. Arbeitsstellen: Seite 5 Pf.
Anzeigenabteilung: Sedenauerstr. 12; Tel.: (P 5) Bergmann 2677, 4164.

Vollständige Kapitulation gefordert

Die Reformisten sind zu jedem neuen Verrat an den Hüttenarbeitern bereit!

Nach der Verhöhnung des verlogenen sozialdemokratischen „Rechtsstandpunktes“ im Kampf der Metallarbeiter Rheinlands-Westfalens durch das Duisburger Arbeitsgericht, das entsprechend der Aufgabe der Justiz im kapitalistischen Staat den brutalen Standpunkt der Eisenindustriellen gedeckt hat, setzen die Reformisten ihrem feilschenden verräterischen Verhalten durch die überhastete Einleitung eines neuen Verrats die Krone auf. Offenbar auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses der Spitzen des ADGB und des Metallarbeiterverbandes mit den sozialdemokratischen Ministern in Preußen und im Reich wurde der sozialdemokratische Regierungspräsident Bergemann beauftragt, mit den rheinisch-westfälischen Trustnagelanten Verhandlungen einzuleiten. Schon bevor diese Verhandlungen begonnen hatten, läßt die Gewerkschaftsbürokratie der Feindschaft mitteilen, daß sie zu einer bedingungslosen Kapitulation bereit ist. Die „Vossische Zeitung“, die über gute Informationen aus den Kreisen der Gewerkschaftsspitzen verfügt, teilt folgendes mit:

„Von dem Ergebnis der Besprechungen hängt es ab, ob und welche Maßnahmen ergriffen werden, um den Konflikt wenigstens soweit beizulegen, daß die Arbeit in den Betrieben vorläufig unter den alten Bedingungen wieder aufgenommen wird. (!) In beteiligten Kreisen glaubt man, daß die Arbeitgeber eine Aufhebung des Aussperrenschlusses werden nicht umgehen können. Die Gewerkschaften würden in diesem Falle ihre Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordern (!), weil durch das Urteil der ersten Instanz ein Streitobjekt zunächst nicht mehr vorhanden ist.“ (!)

Die Gewerkschaftsbürokratie also, die die ursprünglichen berechtigten Lohnforderungen der erbärmlich bezahlten, durch das Rationalisierungstempo bis zum äußersten ausgequetschten Arbeiter bis auf einen lächerlichen Rest preisgegeben hat, ist bereit, selbst die Lumpigen Pfennige des Schandschiedspruchs dem Diktat der aufs Ganze gehenden Trustbourgeoisie zu opfern. Daß die Meldung der „Vossischen Zeitung“ nicht aus der Luft gegriffen, sondern bittere Wahrheit ist, ergibt sich aus den Schlussätzen der Rede, die der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell gestern im Reichstag gehalten hat. Wissell sagte:

„Ich glaube, die Einigung ist möglich, unbeschadet der grundsätzlichen Austragung der Rechtsfrage. . . Ich glaube, es würde in der Tat am besten sein, daß man sich über die Wiederaufnahme der Arbeit einigt und die Betriebe öffnet, ohne daß die Dinge jetzt bis zum äußersten zugespitzt werden. Die rechtliche Entscheidung wird dann folgen.“

Der sozialdemokratische Minister Wissell wiederholt mit anderen Worten das, was der Gewerkschaftsvertrauensmann dem Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“ mitgeteilt hat: Die Bereitschaft zur völligen Unterwerfung der Gewerkschaftsbürokratie und die geplante rückwärtslose Auslieferung der Metallarbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes an die Willkür der Hüttenbarone.

Die „Vossische Zeitung“ berichtet auch über das Diktat der angeführten der erbärmlichen und niederträchtigen Haltung der Gewerkschaftsbürokratie sehr siegesjubelnden Unternehmern zur „Wiederherstellung des Arbeitsfriedens“. Die brutalen Forderungen der Schwerindustrie lauten:

1. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen.
2. Die Verhandlungen werden sofort wieder aufgenommen und längstens bis Ende Januar zu Ende geführt.
3. Für die Zeit, bis die Verhandlungen zu einem endgültigen Ergebnis geführt haben, gilt je zur Hälfte das bisherige und das neu zu vereinbarende Abkommen. (!)
4. Da es sich nur um wirtschaftliche Fragen handelt, verzichten beide Parteien darauf, ihre derzeitigen vermeintlichen Rechtsansprüche weiter zu verfolgen.“

Der ganze Verlauf des Kampfes in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie ist beispiellos in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die wahrhaftig reich genug ist an gemeinem Verrat und tödlichem Dolchstoß aus dem Hinterhalt. Die jegliche Phase der Entwicklung des gewaltigen Kampfes, der für die gesamte deutsche Arbeiterschaft von der allergrößten Bedeutung ist, zeigt eine solche hodenlose Niedertracht in der Preisgabe der Interessen der Arbeiterschaft, nicht nur einzelner Arbeiter, sondern der gesamten deutschen Arbeiterschaft, die einen gewaltigen Sturm der Empörung auslösen muß. Während die Metallarbeiter am Rhein und an der Ruhr immer kampfschlüssiger werden, mit immer größerer Entschlossenheit demonstrieren, daß sie auch unter großen Entbehrungen bereit sind, den Kampf für ihre alten Forderungen siegreich durchzuführen, verhandelt eine durch und durch korrupte Gewerkschaftsbürokratie über die bedingungslose Auslieferung der Arbeiter an die Willkür der siegberauschten Unternehmensehrent.

Die Metallarbeiter des rheinisch-westfälischen Industrie-

gebiets müssen diesen Schurkenreich der Gewerkschaftsbürokratie zerbrechen. Sie müssen sich zusammenschließen um ihre selbstgewählten revolutionären Streikleitungen und trotz des Verrats der Gewerkschaftsbürokratie den Kampf um ihre alten Forderungen siegreich zu Ende zu führen.

Die Metallarbeiter Rheinlands-Westfalens brauchen zu diesem Kampf die Unterstützung und Solidarität der Arbeiterschaft ganz Deutschlands. Es ist die höchste Zeit, daß die Arbeiter in anderen Industriegebieten begreifen, daß die Niederlage eines wichtigen Teils der deutschen Arbeiterschaft in der ersten Etappe des Generalangriffs der deutschen Bourgeoisie die Brutalität dieses Angriffs noch steigern wird. Überall müssen die Arbeiter dazu übergehen, ihre eigenen Forderungen zu stellen und die Vorbereitungen zum Gegenangriff zu treffen.

Der Ruhrkampf hat sich so entwickelt, daß vor den breiten Massen der deutschen Arbeiterschaft das sozialdemokratische Geschwätz von dem „Angriff der Unternehmer auf den Staat“ vollständig entlarvt worden ist. Der kapitalistische Staat, die Koalitionsregierung und alle ihre ausführenden Organe haben sich entschlossen auf die Seite der Hüttenbarone gestellt. Der Versuch der Sozialdemokraten, durch erbärmliche Manöver die Tatsache zu verschleiern, ist restlos gescheitert. Die deutsche Arbeiterschaft wird daraus lernen, daß die Methoden des Reformismus, Koalitionspolitik und reformistischer Verrat das Proletariat ohne Erbarmen an das Messer der Kapitalisten liefern. Sie werden daraus lernen, daß mit der bürgerlichen Gesellschaft und ihren reformistischen Idealen Schluß gemacht

werden muß, daß nur die Eroberung der politischen Macht, die Errichtung der Diktatur des Proletariats der einzige Ausweg für die Arbeiterschaft ist.

Die Hüttenarbeiter kapitulieren nicht!

Elben, 13. November. (Eig. Drahtbericht.) Die zentrale Kampfleitung trat am Dienstag vormittag zur weiteren Besprechung der durch die Entscheidung des Arbeitsgerichts entstandenen Lage im Kampfgebiet zusammen. Sie stellte sich auf den Standpunkt, daß sofort Streikposten gestellt, die Sammlungen verstärkt und Streikhaftversammlungen, soweit sie nicht schon getagt haben, einberufen werden müssen, in denen auf die Verratspläne der Reformisten mit allem Nachdruck hingewiesen und zur Verhinderung ihrer Durchführung aufgerufen werden soll.

Daß die Betriebe in den nächsten Tagen die Arbeit wieder aufnehmen wollen, steht jetzt vollkommen außer Zweifel. Schon am Freitag voriger Woche, also drei Tage vor der Arbeitsgerichtsverhandlung, sah die Arbeitgebergruppe Nord-West den Entschluß, die Werke sofort zu öffnen, wenn sich die Gewerkschaften dem Unternehmerrdiktat nicht fügen würden. Das Ergebnis der Justizkomödie von Duisburg war ihnen also ebenfalls schon vorher bekannt.

Bankrotte Demagogie der Panzerkreuzer-SPD.

Gröner und Hindenburg bestehen auf dem Panzerkreuzer — Hermann Müller muß parieren

Gestern mittag wurde der sozialdemokratische Reichstanzler Hermann Müller von Hindenburg empfangen. Hindenburg übermittelte Hermann Müller die Wünsche des Reichswehrministers Groener hinsichtlich des Panzerkreuzerentwurfes der SPD, der in den nächsten Reichstagsitzungen, entweder in dieser oder in der kommenden Woche, zur Behandlung steht. Groener hat sowohl in einer Besprechung mit Hindenburg, wie in einer Denkschrift, die dem Reichspräsidenten sowie den Mitgliedern des Reichskabinetts zugestellt wurde, zum Ausdruck gebracht, daß er im Falle einer Annahme des sozialdemokratischen Entwurfes auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers zurücktreten werde. Groener hat Hindenburg gegenüber ferner mitgeteilt, daß er bei der Abstimmung im Plenum darauf bestünde, daß Hermann Müller nicht für den Antrag seiner Fraktion Stimme, sondern sich der Stimme enthalte. Sollte der Reichstanzler trotzdem seine Stimme abgeben, so erklärte Groener, auch in diesem Fall seinen Rücktritt durchzuführen zu wollen. Hindenburg eröffnete Hermann Müller, daß er den Standpunkt des Reichswehrministers vollinhaltlich teile.

Hermann Müller wird den Standpunkt Hindenburgs in einer heute vormittag stattfindenden Kabinettsitzung der Regierung vortragen, nachdem gestern schon der Vorstand der SPD-Reichstagsfraktion zu der „neuen Situation“ auf Grund des brutalen Diktats der Hindenburg und Groener Stellung genommen hatte. Eine gestern stattgefundene Sitzung des Reichskabinetts wurde ergebnislos abgebrochen.

In den Abendstunden wurde aus der Denkschrift Groeners dem Reichstag bekannt, daß bereits Bestellungen von 32 Millionen Mark für den Bau des Panzerkreuzers ausgegeben wurden, obwohl bisher nur 9 Millionen Mark für den Bau überhaupt bewilligt worden sind. Auf Grund dieser Tatsache forderte die kommunistische Reichstagsfraktion die sofortige Einberufung des Vorkonferenzen, um eine Umkehrung der Tagesordnung und sofortige Verhandlung dieses verdrängten Uebergriffes des Reichswehrministeriums im Plenum des Reichstages zu erzwingen. Der Vorkonferenz tritt heute vormittag zusammen.

Während die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ursprünglich darauf spekuliert hatte, durch Zugeständnisse in der

Frage des preussischen Konfordsats, der Umbildung der preussischen Regierung zur Großen Koalition, der vollständigen Preisgabe der Hüttenarbeiter an das Ruhrkapital und schließlich der Frage des Reichsschulgesetzes eine Verschiebung des Panzerkreuzerbaues zugunsten anderer Ausgaben im Interesse der imperialistischen Aufrüstungspolitik durchsetzen zu können, ist dieses geplante Manöver zur Befriedigung der sozialdemokratischen Arbeitermassen nunmehr daran gescheitert, daß die klagliche Kapitulation der reformistischen und SPD-Führer im Ruhrkampf die brutale Diktatur der Groener und Hindenburg als der Vorkämpfer der imperialistischen Bourgeoisie aufs äußerste gesteigert hat. Für die SPD gibt es im Interesse ihrer Regierungssüßigkeit nur noch die eine Hoffnung: die Ablehnung ihres eigenen Antrages durch eine Mehrheit im Reichstag.

Was ist der politische Sinn dieser ganzen Vorgänge? In handgreiflicher Deutlichkeit wird den sozialdemokratischen Arbeitern demonstriert, wozu die jämmerliche und verräterische Koalitionspolitik der SPD, die Hermann Müller, Hilferding, Seevering und Wissell samt dem ganzen sozialdemokratischen Parteivorstand und der SPD-Reichstagsfraktion geführt hat. Die provokatorische Methode, mit der General Groener im Einvernehmen mit Hindenburg den sozialdemokratischen Reichstanzler Hermann Müller schuldig, paßt zum Kajernenhofen dieses wilhelminischen Generals, der schamlos genug war, die deutschen Arbeiter als „Hundsotie“ zu beschimpfen, und sich trotzdem des ganzen Wohlwollens der ganzen Liebedienerei und großzügigsten Klammereitens der sozialdemokratischen Partei und Presse erfreute.

Auf der anderen Seite entpuppt sich bei den gegenwärtigen parlamentarischen Kulissenziehungen zur Erhaltung der Regierung, ja, zu ihrer Festigung zur offiziellen Großen Koalition, das Maß an Verlogenheit und Demagogie, mit dem die SPD-Reichstagsfraktion ihren Panzerkreuzerentwurf stellt, um die Empörung der Massen innerhalb und außerhalb der SPD über das Panzerkreuzerverbrechen der Hermann Müller, Seevering und Konforten hinwegzutäuschen. Diese Demagogie wird die Panzerkreuzerschmach der SPD nicht vergessen machen, noch sie verkleinern.

„Regierungskriege, parlamentarische Kriege“ — so tönt es durch den demokratischen Blätterwald. Die Schwierig-